

«Lebenslänglich» kostet am meisten

WETZIKON Regierungsrat **Martin Graf gelang es gestern Donnerstagabend, bei den Oberländer Offizieren Verständnis für den Strafvollzug zu wecken. Selbst für den «Fall Carlos».**

Seit ein paar Jahren bemühe sich die Offiziersgesellschaft Zürcher Oberland (OGZO), der Öffentlichkeit die Zürcher Regierungsräte bekannt zu machen. Damit begrüsstes Vorstandsmitglied Walter Scherz am Donnerstagabend die wenigen Zuhörer, die den Weg ins Wetziker Iwaz gefunden hatten. Mit Justizdirektor Martin Graf stiess dieses Konzept auf noch weniger Interesse als bei den Regierungsräten Ernst Stocker und Mario Fehr. 2014 und 2013 waren jeweils zwei Dutzend Leute erschienen, diesmal nur gerade ein Duzend. Die OGZO hat rund 200 Mitglieder.

Das hinderte Graf, selber einst Oberleutnant in einer Gebirgs-

division, nicht daran, zu zeigen, dass er ein glänzender Redner ist. Er vertrat «seine» Justizdirektion mit Herzblut und hatte auf jede kritische Frage eine zumindest plausible Antwort bereit.

Der «Fall Carlos» habe dazu geführt, die Kosten des Justizvollzugs genauer anzuschauen, so Graf. Es handle sich um 150 bis 1450 Franken pro Tag pro Insasse. Am teuersten seien jene im Hochsicherheitstrakt in der Psychiatrischen Klinik Rheinau. Die Sicherheit sowie die Arbeit von Fachkommissionen mit Juristen und Psychiatern schlage zu Buche.

Ein Fehler

«Carlos», ein von den Eltern in hohem Mass vernachlässigtes Kind, habe 30 Delikte begangen und 16 Heim- und Gefängnis-einweisungen hinter sich. Heute wolle ihn kein Heim mehr haben. Für seine Entwicklung sei es ein Fehler gewesen, dass ein Gericht

die offene Unterbringung verfügte. In der geschlossenen Anstalt Uitikon hätte er eine Lehre machen können. Der grosse (Medien-)Rummel, in dem laut Graf die «NZZ» eine besonders unrühmliche Rolle spielte, habe «Carlos» zum Verlierer gemacht. Seine Zukunft sei offen.

Von den knapp 7250 Gefängnisplätzen in der Schweiz befinden sich 1550, auf 13 Anstalten verteilt, im Kanton Zürich. Sie sind zu 91 Prozent belegt. «Wir wollen keine leeren Plätze», betonte der Regierungsrat, denn diese sind am teuersten. Deshalb belegt er sie gegen Entschädigung auch mit Verurteilten aus der Westschweiz, wo es viel zu wenige Plätze gibt.

Die Plätze wieder frei zu bekommen, wie es nicht nur aus humanitären, sondern auch aus finanziellen Gründen wichtig wäre, wird laut Graf zusehends schwieriger. Die Gesellschaft wolle keine Risiken eingehen.

Also würden vorzeitige Entlassungen seltener, und die Leute gingen eher ins Gefängnis, statt eine Geldstrafe zu bezahlen.

Schwer zu verstehen

Die hohen Resozialisierungskosten seien schwer zu verstehen, meinte ein Zuhörer. Wolle man Rückfälle verhindern, entgegnete Graf, seien diese unerlässlich. Nach zehn Gefängnisjahren müsse sich jemand in der Aussenwelt erst wieder zurechtfinden, und das gehe nur, wenn er schrittweise mit ihr in Kontakt trete.

Das gelte auch für Schwerverbrecher mit Aussicht auf Entlassung. «Wir machen nochmals Kindererziehung, wenn auch etwas spät», so Graf, und: «Wahrscheinlich verkaufen wir unsere Leistungen zu wenig gut.» Am teuersten zu stehen kämen die Gesellschaft jedenfalls jene Straftäter, die bis an ihr Lebensende in einer Anstalt leben müssten. *Anna E. Guhl*